

# Gebering für Koalition mit den Nazis

## Regierungsbeteiligung Hitlers gefordert. Verhandlungen zwischen Zentrum und Nazis

Berlin, 27. April (Eig. Meld.)

Das 8-Uhr-Abendblatt bringt aufsehenerregende Mitteilungen über ein Interview des preussischen Innenministers Severing mit der amerikanischen Zeitung „United Press“. Die Mitteilungen kommen um so größere Bedeutung zu, als es sich beim 8-Uhr-Abendblatt um eine Zeitung handelt, die der Preussenregierung sehr nahe steht und zur „Eisernen Front“ gehört.

Der preussische Innenminister Severing hat der amerikanischen Nachrichtenagentur „United Press“ Erklärungen übergeben, die unstreitig, aber ein für allemal dem Geschwäh der SPD-Führer vom Kampf gegen Hitler ein Ende setzen und beweisen, daß die SPD für den Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung plädiert.

Severing betonte, daß die Aussichten einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in Preußen und im Reich erhöht seien, „weil sowohl in der Sozialdemokratie wie im Zentrum die Meinung stark gewachsen ist, nunmehr auch die Nationalsozialisten an der Verantwortung zu beteiligen. Es ist bezeichnend, daß sowohl im Zentrum, wie bei den Sozialdemokraten der Wunsch vorhanden ist, nunmehr den Nationalsozialisten Gelegenheit zu geben, ihre Worte mit den harten Tatsachen in Einklang zu bringen.“

Eine Regierungsbeteiligung der NSDAP in Preußen und im Reich kann natürlich nur als eine Beteiligung an der Regierung in Frage kommen, das heißt im Verein mit anderen Parteien, die eine Gewähr dafür bieten, daß die Grundgesetze der Weisung nicht verletzt werden.“

Der Spitzenkandidat der SPD, die ihr Wahlsiecht unter dem Motto: „Schlagt Hitler“ durchführte, fordert jetzt im Namen seiner Partei den Eintritt der Nazis in die Regierung. Hitler soll regieren mit der Unterstützung des Lohnabbaues mit neuen einschneidenden Unterdrückungsmassnahmen bis zu dem Verbot der revolutionären Arbeiterorganisationen. So wollen es Severing und die SPD. Hitler soll regieren mit Zwangsarbeit für die proletarische Jugend und mit offener Kriegsgefangenschaft für die sozialistische Jugend. So wollen es Severing und die SPD.

Führende SPD-Funktionäre treten in die Hitlerpartei ein. Severing ladet Hitler in die Regierung ein. Das Zentrum steht bereits trotz aller Dementis mitten in den Koalitionsverhandlungen mit den Nazis, denen in den nächsten Tagen direkte Verhandlungen zwischen dem Zentrumsführer Frickel Kraas und Hitler, die heute beide in Berlin eintreffen, folgen.

Jetzt kommt es darauf an, daß die Arbeiterklasse handelt. Sie ist betrogen, sie ist verraten und verkauft von den reformistischen

Führern. Die wertvollen Anhänger der Sozialdemokratie, denen man einen Kampf gegen Hitler versprochen, sind auf schwächste hintergangen. Es trifft ein, was wir Kommunisten Ihnen immer gesagt haben: von diesen Nazis, Severing und Konjunktur ist nichts zu erwarten, als Verrat!

Alles hängt davon ab, ob die Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands außerparlamentarisch einen derartigen Druck entfalten, daß die Pläne der kapitalistisch-sozialdemokratischen Herrschenden, die Hitler an die Regierung bringen wollen, keine Tat werden. Die Arbeiter sind stark genug. Man muß diese Stärke in Aktion setzen.

# Von der SPD zu den Nazis

## Das große Rennen beginnt. Das Beispiel Bührers findet Nachahmung. SPD-Arbeiter, ihr gehört in die rote Klassenfront!

Eberowalde, 27. April 1932. (Eig. Drahtber.)

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Eberowalde ist am Wahltage nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses zur NSDAP übergetreten.

Berlin, 27. April 1932. (Eig. Drahtber.)

In der Stadtverordnetenfraktion der Sozialdemokratischen Partei ist es zu schweren Differenzen gekommen. Bei der Ausrichtung der Kandidaten zum Preussischen Landtag hatten die Parteivorstände den Vorsitzenden des Berliner NS-Bundes - Orlowski - den Stadtverordneten Platau, der gleichzeitig Vorsitzender der Berliner Stadtverordnetenfraktion ist, nicht mit aufgestellt. Dieser Platau hat Herrn Hataun nicht mit aufgestellt. Dieser Platau hat Herrn Hataun nicht mit aufgestellt. Dieser Platau hat Herrn Hataun nicht mit aufgestellt. Dieser Platau hat Herrn Hataun nicht mit aufgestellt.

Auf ausdrücklichen Beschluß des Parteivorstandes der SPD wurde die Aussprache dieses Konfliktes bis nach den Przewahlen zurückgestellt. In Berlin wird allgemein die Auffassung vertreten, daß sich Platau durch sein Vorgehen gegen den Parteivorstand der SPD den Weg zu den Nazis freihalten will.

Den Weg, den Bührer vor einigen Wochen gegangen ist und den jetzt der SPD-Bürgermeister von Eberowalde geht, werden

# Siegreicher Wohlfahrtsarbeiterstreik in Dortmund

Dortmund, 26. April. (Eig. Drahtber.)

Die von den Sozialdemokraten mit allen Mitteln umhüllte Stadtverwaltung hatte aus Mangel der Dienstleistungen aus gefallenen Schichten nacharbeiten mühen, somit würden die Tage der Forderung, die Tage ohne Nacharbeit zu bejahen. Die Stadtverwaltung lehnte dies ab.

Daraufhin traten am vergangenen Dienstag die Wohlfahrtsarbeiter der Baustelle im den Leichen in den Streik. Der Streik der Wohlfahrtsarbeiter wurde von der Stadtverwaltung genötigt nachgelassen. Die Wohlfahrtsarbeiter streikten ohne Nacharbeit zugestimmt.

Die von den Sozialdemokraten mit allen Mitteln umhüllte Stadtverwaltung hatte aus Mangel der Dienstleistungen aus gefallenen Schichten nacharbeiten mühen, somit würden die Tage der Forderung, die Tage ohne Nacharbeit zu bejahen. Die Stadtverwaltung lehnte dies ab.

Daraufhin traten am vergangenen Dienstag die Wohlfahrtsarbeiter der Baustelle im den Leichen in den Streik. Der Streik der Wohlfahrtsarbeiter wurde von der Stadtverwaltung genötigt nachgelassen. Die Wohlfahrtsarbeiter streikten ohne Nacharbeit zugestimmt.

In den nächsten Tagen nach verschiedenen SPD und Gewerkschaftsführer bestreiten. Besonders werden sich dabei die von der SPD in Staats- und Kommunalpositionen blühengehenden Bongen herantun, die ja heute schon die schädlichste Politik der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse durchführen.

Dieser Weg zum Faschismus ist nicht der Weg der sozialdemokratischen Arbeiter. Ihr Weg ist der der proletarischen Klassenkämpfe gegen die Bourgeoisie. Sie müssen sich aber, an diesen Weg konsequent bis zu Ende zu gehen, bei machen vor dem Einfluß ihrer sozialdemokratischen Führung. Wir rufen alle SPD-Arbeiter die Bruderhand zum Kampf gegen Hunger, Krieg und Faschismus und fordern sie auf, gerade jetzt unabhängig der Tatsache des Übertritts von führenden Funktionären ihrer Partei zu den Nazis, mit uns und den proletarischen Arbeitern die einheitliche Kampffront des Proletariats zu bilden.

# Neue Uebertritte von SPD-Bürgermeistern zu den Nazis

Der vor kaum zwei Jahren zum Bürgermeister von Wittenberge (Elbe) gewählte Sozialdemokrat Linden ist der Hitlerpartei beigetreten. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Senftenberg (Sachsen) Lindemann, ist denselben Weg gegangen.

Koch vor kurzer Zeit verherrlichte die sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“ den Lindemann als ideale Vertretung eines hohen sozialdemokratischen Kommunalbeamten. Koch vor kurzer Zeit gab dieser Lindemann auf den kommunalpolitischen Konferenzen der SPD die Richtlinien für die Tätigkeit der SPD-Funktionäre. Koch vor wenigen Tagen tobt die „Märkische Volksstimme“ gegen die Kommunisten, weil sie Lindemann einen Sozialfaschisten nannten. Nun hat der Sozialfaschist aus seinen Taten die richtige Konsequenz gezogen und ist gleich in die Parteifrontschicht geworden.

# Eine erfundene Unterredung

Vom Zentralkomitee der KPD wird mitgeteilt: Nach Blättermeldungen aus London soll der Führer der KPD, Ernst Thälmann, gegenüber dem Korrespondenten der „Daily Mail“ Erklärungen über die zukünftige Politik der Kommunistischen Partei im preussischen Landtag abgegeben haben. Diese Meldungen beruhen auf freier Erfindung. Es hat überhaupt keine Unterredung zwischen dem Genossen Thälmann und irgend einem englischen Korrespondenten stattgefunden.

Wie überall bei ihren Entscheidungen wird sich die KPD auch im Preussischen Landtag lediglich vom Interesse des proletarischen Klassenkampfes leiten lassen.

# Pflichtarbeiterstreik in Bernau und in Beuthen

Vor mehreren Tagen sind die Pflichtarbeiter von Bernau bei Berlin, in den Streik getreten. Die Streikenden, die nicht gezogen werden sollten, für ihre Wohlfahrtsunterstützung schwere Erarbeiten auszuführen, kämpfen um tarifmäßige Bezahlung.

Beuthen, den 27. April.  
Etwa 350 vom Wohlfahrtsamt den einzelnen technischen Betriebeverwaltungen der Stadt zugestellte Pflichtarbeiter haben in den Streik getreten.

# 1 Jahr 9 Monate Gefängnis wegen Hochverrats

Leipzig, 26. April 1932. (Eig. Drahtbericht.)

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilt heute den Sattler Martin Härlig aus Chemnitz wegen Hochverrats zu einem Jahr 9 Monate Gefängnis. Dem Angeklagten wurde die Ueberrichtung zugebilligt. Er soll in Chemnitz und Umgebung politische Flugblätter verbreitet haben, dem verbotenen KPD beitreten. Die Urkundenprüfung erbrachte der 4. Strafsenat keine Beweise, daß Härlig nicht seinen eigenen Namen, sondern eine falsche Adresse auf Briefumschlägen angegeben habe.

Dieses unerhörte Urteil des Reichsgerichts bekommt seine besondere Schärfe dadurch, daß der angeklagte Arbeiter zu Gefängnis verurteilt wurde, obwohl ihm der Senat die Ueberrichtung zugebilligt, also Festungshaft ausweisen mußte. Es ist ein neuer Beweis dafür, daß das Reichsgericht, das durch seine Spruchpraxis offen zu den Nazis steht, mit denselben Härte Vergeltungsorgane gegen revolutionäre Arbeiter stellt, in der Absicht, damit die gesamte Arbeiterklasse zu treffen.

# 65 Millionen Mark Schulden im Burbach-Konzern

Berlin, 26. April. (Eig. Meld.)

Der Kampf um den Burbach-Konzern hat einen Höhepunkt erreicht. Jetzt hat auch der Konzern selber eine Gefährdung abgegeben, in der mitgeteilt wird, daß der Konzern rund 65 Millionen Mark Schulden hat, darunter rund 35 Millionen Mark an Banken. Unter den Banken soll, wie verheutet, mit der ersten Stelle die „Commerz- und Volksbank“ stehen.

# 1. Mai in Braunschweig und Oldenburg verboten

## Fordert überall uneingeschränkte proletarische Demonstrationenfreiheit!

Braunschweig, 26. April. (Eig. Drahtmelde.)

Der Naziminister Klages hat alle zum 1. Mai angemeldeten Demonstrationen der Kommunistischen Partei, der SPD und der Gewerkschaften verboten, da dadurch angeblich die „öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet“ werden könnte.

Oldenburg, 26. April. (Eig. Meld.)

Die oldenburgische Regierung, die von der SPD gestützt wird, hat der Presse mitteilen lassen, daß am 1. Mai alle Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel verboten seien. Das seit dem 13. November 1931 bestehende Demonstrationsverbot sei nur anlässlich der Wahlen vorübergehend aufgehoben worden.

Außer diesen beiden Ländern ist die 1. Mai-Demonstration in diesem Jahre in Wagnern, Württemberg, Anhalt, Mecklenburg-Schwerin und Bremen verboten. Für die 1. Mai-Verbote treten also einheitlich SPD, Zentrum, deutschnationale und Naziminister ein. Im Kampf gegen die roten Matuschmische der Arbeiterklasse hat sich sehr rasch eine Einheitsfront von SPD bis Nazis gebildet.

Das Proletariat in ganz Deutschland muß Sturm laufen gegen die 1. Mai-Verbote. In allen Betrieben und Stempelstellen müssen sofort Versammlungen einberufen werden, um die Freigabe des 1. Mai zu verlangen. Zeigt den SPD- und Naziministern, daß ihr zum Kampf für die uneingeschränkte proletarische Demonstrationsfreiheit entschlossen seid!

Am Sonntag müssen die Arbeiter durch ihren roten Massenaufruf unter Führung der KPD und KPD diesem Kampfwillen Ausdruck verleihen!

# Auch in München und Ruhla Mai-Demonstration verboten

## SPD ebnet dem Verbot den Weg

München, 27. April. (Eig. Ber.)

Von der Münchner Polizeidirektion wurden sämtliche von der Kommunistischen Partei geplanten Demonstrationen und Umzüge unter freiem Himmel verboten.

„Nicht unter freiem Himmel verboten. Die SPD hat diesem Verbot den Weg geebnet, daß sie bereits vor Wochen das städtische Dante-Stadion für ihre Maiveranstaltung mietete.“

Auch dieses Verbot wird dazu beitragen, den Kampf der Arbeiter in ganz Deutschland um die uneingeschränkte proletarische Demonstrationsfreiheit zu verstärken.

Erfurt, 26. April. (Eig. Meld.)

Die von der Kommunistischen Partei in Ruhla (Thüringen) angemeldete Demonstration zum 1. Mai, die unter der Parole: „Verteidigt die Sowjetunion“ durchgeführt werden sollte, wurde vom nationalsozialistischen Staatskommissar Hofstein verboten.

# Arbeiterzeitung Bremen von der Geberingpolizei beschlagnahmt

Die Nummer 94 der Arbeiterzeitung Bremen wurde in Wilhelmshaven von der Geberingpolizei beschlagnahmt.

Dieser neue Vorstoß gegen die kommunistische Presse muß von allen Arbeitern mit verstärkter Werbung für die Presse der KPD und mit verstärktem Schutz unserer Zeitungen beantwortet werden.

# SPD-Polizeiaktion gegen badische Funktionäre der KPD

Am 25. April wurde gegen die Funktionäre der KPD und NSD in Lörrach (Baden) und im übrigen Wiesenthal eine große Polizeiaktion durchgeführt. Allein in Lörrach wurden bei nahezu 50 Funktionären Hausdurchsuchungen vorgenommen. Das Büro der KPD in Lörrach wurde vier Stunden lang durchsucht. Aus ganz Baden waren die Kriminalbeamten der Polizei des Sozialdemokraten Meier zusammengezogen worden. Die Aktion richtete sich gegen die Textilarbeiter in der Gegend von Lörrach, die zum Kampf gegen eine geplante Lohnabbaupolizei der Textilarbeiter rufen.

Woskol! Die angeblichen „Banditen“ sind immer dort, wo der Weg an die Sowjetgrenze führt. Keineswegs im Westen oder Süden! Jeder Blinde spürt, daß diese „Banditen“ die ausgefallenen Helfershelfer der Japaner sind.

Das Proletariat muß von der Aggressivität, mit der die Feinde der Sowjetmacht ihr Ziel verfolgen, lernen. Die Arbeiterklasse jeder Fabrik, jeder Stempelstelle, jeder Stadt muß einen konkreten Plan der aktiven Bekämpfung der Kriegengefahr aufstellen.

# Streikbeschlüsse Berliner Wurstfabriken

Berlin, 28. April 1932. (Eig. Drahtber.)

Gestern haben in zahlreichen Berliner Wurstfabriken Abschlüsse über den Streik gegen die Lohnrauforderungen der Unternehmer stattgefunden. Nach Beschlüssen, die bisher vorliegen, haben sich überall die Kollegen fast einstimmig für Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub ausgesprochen.

# Japan marschiert auf die Sowjetgrenzen

Mukden, 27. April. (Eig. Meld.)

Nach einer Neutermelung haben die Japaner gegen die angeblichen „Banditen“ in der Ost- und Nordmandschurie die umfangreichsten Operationen eingeleitet, die seit dem letzten Dezember unternommen worden sind. Die Brigade des Generalmajors Hirose wird auf 20.000 Mann geschätzt. Die Brigade des Generalmajors Murai marschiert von Zhenyong auf Janghiching. Generalmajor Joda marschiert aufwärts an der ostchinesischen Bahn, um sich der Brigade Murai anzuschließen. Generalmajor Nakamura führt auf 22 mit Kanonen bewaffneten Booten, die von vier mandchurischen Kanonenbooten begleitet werden, den Sungarischuh hinunter.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Tschangschung und Chardun ist unterbrochen. Auch auf der Strecke Chardun-Baldowski konnte seit Tagen kein regulärer Verkehr aufrechterhalten werden.

In drei starken Heerströmen stoßen die Japaner von Nord, Süd und Osten! In Richtung Blagoweschensk und Biabi-

Ne: erre

Ein bürgerli

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber

Das Ber